A2 Rückblick: Grüne Politik in der ablaufenden Wahlperiode

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 11.01.2021

Text

43 Nach der letzten Kommunalwahl bildete die SPD mit der CDU eine große Koalition,
44 obwohl auch andere Bündnisse möglich waren und verhandelt wurden. Wir haben
45 unsere Rolle als OPPOSITION immer konstruktiv wahrgenommen. Widerspruch um des
46 Widersprechens wegen führt zu nichts. Wir haben uns gerne dem Wettstreit um die
47 besten Ideen und Konzepte gestellt, dabei viele eigene Akzente einbringen können
48 und trotz Oppositionsrolle durchsetzen können. Grün bringt Veränderung.

49 Die Koalition aus CDU und SPD war von Anfang an farblos und ist trotzdem mit der
50 Zeit noch weiter verblasst. Zukunftsweisende inhaltliche Initiativen kamen von
51 den Koalitionsparteien sehr selten und waren meist appellativer Natur. Konkretes
52 Handeln vermisst man. Einig war sich die Koalition aus CDU und SPD vor allem
53 darin, neue Ideen abzulehnen. Ein besonderes Trauerspiel: Die SPD scheitert –
54 obwohl sie Koalitionspartei ist – mit ihren Anträgen an Mehrheiten im Parlament,
55 die ihr Koalitionspartner gegen sie anführt.

56 SCHULEN: Mit Anfragen überprüften wir die Konzepte zur Ganztagsbetreuung an
57 Schulen bzw. zum Mittagessen an Schulen. Zwar hat in den letzten Jahren ein
58 Ausbau stattgefunden, allerdings gibt es hier noch einiges zu tun. Dass nun 16
59 Grundschulen am Programm „Pakt für den Nachmittag“ teilnehmen, ist ein wichtiger
60 Zwischenschritt, um allen Eltern, die sie benötigen, eine ganztägige Betreuung
61 zu ermöglichen. Die Belange des Ganztags wurden im Schulbau zu wenig beachtet.

62 KLIMASCHUTZ: Unser umfangreiches Paket zum Klimaschutz mit Maßnahmen in der
63 Verkehrspolitik, der Landwirtschaftspolitik und der Erzeugung von Erneuerbaren
64 Energien wollte die CDU-SPD Koalition nicht einmal im Ausschuss beraten.
65 Immerhin konnte sich unsere Initiative für Photovoltaikanlagen auf
66 Schulgebäudendurchsetzen. Andere Initiativen, wie die klimaschützende
67 Holzbauweise bei Neubauten des Landkreises umzusetzen, wurden abgelehnt.

68 MOBILITÄT: Im Bereich des Radverkehrs gibt es trotz mehrerer Initiativen von uns
69 bis jetzt kein überregionales Konzept. Diese Verzögerung führt dazu, dass der
70 Landkreis aktuell ein hoch gefördertes Bundesprogramm zum Radwegebau nicht
71 nutzen kann. Auf unsere Anfrage in 2019 musste der Kreisausschuss 2019
72 mitteilen, keinen einzigen Meter Fahrradweg errichtet zu haben. Seit der
73 Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Korbach-Frankenberg, die noch in der
74 vorherigen Wahlperiode von uns mit aufs Gleis gesetzt wurde, ist zu wenig
75 passiert, um unsere Bahnen zu modernisieren. Unsere Jobticket Initiative wurde
76 genauso wie eine Car-Sharing-Initiative abgelehnt.

77 NATURSCHUTZ: Unsere Große Anfrage zur Artenvielfalt und Biodiversität im
78 Landkreis bestätigte, dass auch bei uns heimische Tier- und Pflanzenarten
79 aussterben oder massiv im Bestand zurückgehen. Immerhin konnten wir uns mit
80 Anträgen zur Umsetzung von Blühstreifen und mit einer Initiative für ein
81 ambitioniertes Insektenschutzprogramm durchsetzen. Leider blieben Initiativen
82 für einen zukunftsfähigen, klimastabilen Waldbau weiter erfolglos.

83 WASSERSCHUTZ: Viele Grundwasservorkommen im Landkreis sind hoch nitratbelastet,
84 wie wir mit unseren Anfragen offenlegten. Die Kreiskoalition verhält sich jedoch
85 weitgehend passiv zu dieser fortgesetzten Verschmutzung unserer Wasserreserven,
86 die vor allem durch Gülleimport verursacht werden, weil kein anderer Landkreis
87 in Hessen mehr vom Gülleimport betroffen ist als Waldeck-Frankenberg. Bei den
88 Oberflächengewässern sind nur etwa 11 Prozent in einem guten Zustand, und es
89 drohen hohe Strafzahlungen der Europäischen Union, wenn nicht in wenigen Jahren
90 eine deutliche Verbesserung durch Renaturierungen geschaffen wird.

91 SOZIALES: Die Grüne Kreistagsfraktion hat sich immer für den Erhalt der
92 kommunalen Kliniken im Kreis und für deren bessere Kooperation eingesetzt. Eine
93 planungssichere Finanzierungsperspektive bei einer fairen Lastenaufteilung für
94 die Institutionen in freier Trägerschaft im Landkreis ist unser Ziel.

95 LANDWIRTSCHAFT: Wir setzen uns für eine bäuerliche, regionale Landwirtschaft mit
96 starken, regionalen Wertschöpfungsketten ein. Vorhaben für den Bau von Anlagen
97 der industriellen Massentierhaltung in Diemelstadt, Waldeck und Twistetal haben
98 wir zusammen mit Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden in den letzten
99 Jahren mit Erfolg verhindert. Die Förderung des Neubaus der Upländer
100 Bauernmolkerei mit Kreismitteln haben wir tatkräftig unterstützt.